

Erneut Krawalle in Nordirland

Am Osterwochenende ist es in Nordirland an mehreren Orten zu gewaltsamen Krawallen gekommen. Gruppen von überwiegend Jugendlichen bewarfen Polizisten wiederholt mit Steinen, Flaschen, Feuerwerkskörpern und Molotowcocktails, wie die Behörden in Nordirland mehrere Nächte in Folge mitteilen. In Newtownabbey und Carrickfergus in der Nähe von Belfast setzten die Randalierenden auch Autos und Mülltonnen in Brand. Bisher seien knapp 30 Polizisten bei den Zusammenstößen verletzt worden. Hintergrund der Krawalle sind politische Spannungen zwischen den britischen Unionisten und den Anhängern eines vereinigten Irlands sowie der Polizei. In den vergangenen Tagen hatte es Streit darüber gegeben, dass Mitglieder der Partei Sinn Féin, die sich für ein vereinigtes Irland einsetzt, im vergangenen Jahr an der Beerdigung eines früheren führenden Mitglieds der Terrorbewegung IRA teilgenommen hatten und dadurch möglicherweise Corona-Regeln missachtet hatten.

TEXT: DPA/FOTO: PETER MORRISON/DPA



Putschgerüchte in Jordanien

Ex-Kronprinz unter Hausarrest

Amman. Jordanien will einen Komplott im Königreich verhindert haben. Im Zentrum des Geschehens: Der ehemalige Kronprinz Hamsa bin Hussein. Der Prinz steht eigenen Angaben zufolge seit Sonnabend in Zusammenhang mit einer angeblichen Verschwörung gegen seinen Halbbruder König Abdullah II. unter Hausarrest. Gegen den Prinzen soll es deshalb eine Untersuchung geben, wie mehrere US-Medien berichteten.

Die britische BBC hatte ein Video veröffentlicht, das der 41 Jahre alte Prinz aus seinem Arrest aufgenommen und dem Sender mit Hilfe seines Anwalts zugespielt haben soll. Darin erhebt er schwere Vorwürfe gegen König Abdullah II. Er spricht von Festnahmen, Einschüchterung und Drohungen gegen Kritiker des Königs. Die „unfähige und korrupte“ Regierung wolle ihre Gegner mit allen Mitteln mundtot machen.

Offener Streit

Prinz Hamsa ist der jüngere Halbbruder des amtierenden Königs Abdullah II. Zwischen beiden sei ein offener Streit ausgebrochen, berichtete das „Wall Street Journal“. Prinz Hamsa war bis 2004 Thronfolger des Königshauses, doch dann setzte der König ihn ab. In einem Dekret hieß es damals, König Abdullah II. wolle seinen Halbbruder von den „Zwängen“ seiner Position befreien, um ihm andere Möglichkeiten zu geben. Er hatte Prinz Hamsa wenige Jahre zuvor zunächst für das Amt bestimmt. Abdullah II. ernannte später seinen eigenen Sohn zum neuen Kronprinzen.

Untersuchungen hätten ergeben, dass Leute aus dem Umfeld des Prinzen Kontakte zu „destabilisierenden“ Kräften in Kontakt stünden, sagte der jordanische Außenminister Aiman al-Safadi am Sonntag. Es solle auch Absprachen mit ausländischen Parteien gegeben haben – und zwar über den besten Zeitpunkt um Schritte „zur Destabilisierung Jordaniens“ einzuleiten. Welche Parteien damit gemeint sind und wie eine solche Destabilisierung konkret hätte aussehen sollen, sagte Al-Safadi nicht. Den staatlichen Behörden sei es gelungen, die Bewegungen „im Keim zu ersticken“.

ANZEIGE

MACH, WAS WIRKLICH ZÄHLT.

DA, WENN DEINE HEIMAT DICH BRAUCHT.

Der freiwillige Wehrdienst im Heimatschutz.

DeinJahrFürDeutschland.de

„Heimat ist mehr als ein Ort. Heimat trägt man im Herzen. Freiheit, Demokratie und Vielfalt wollen wir gut beschützen.“

Annegret Kramp-Karrenbauer
Bundesministerin der Verteidigung

BUNDESWEHR

Ostukraine droht Eskalation

Gefechte im Donbass trotz geltender Waffenruhe – EU sichert Kiew Unterstützung zu

VON HANNAH WAGNER

Kiew/Brüssel. Nach neuen Angriffen in der Ostukraine hat der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell der Ukraine im Konflikt mit den prorussischen Rebellen Unterstützung zugesichert. Mit großer Sorge verfolge man die russischen militärischen Aktivitäten rund um die Ukraine, schrieb Borrell am späten Sonntagabend nach einem Telefonat mit dem ukrainischen Außenminister Dmitri Kuleba.

„All das ist eine bittere Folge der ungelösten Situation, mehr noch, eine Folge der erhöhten Spannung an der Trennlinie“, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Montag in Moskau der Agentur Interfax zufolge. Der Kreml äußerte sich auch zu Berichten über den Tod eines fünfjährigen Jungen im Donbass, für den die prorussischen Separatisten am Wochenende ukrainische Streitkräfte verantwortlich gemacht hatten. „Jedes Mal, wenn ein Mensch getötet wird, besonders wenn es ein Kind ist, ist es eine Tragödie“, sagte Peskow. Die ukrainische Armee hatte den Vorwurf zurückgewiesen, mit einer Drohne einen Sprengsatz abgeworfen zu haben. Ukrainische Medien berichteten später, der Junge sei durch eine Mine getötet worden. Der Ort Olexandriwske befindet sich

etwa 14 Kilometer von der Front entfernt. 2015 fanden in dem Gebiet schwere Kämpfe statt.

Deutschland und Frankreich, die sich im Normandie-Format mit für eine Lösung des Ukraine-Konflikts bemühen, zeigten sich „besorgt über die steigende Zahl der Waffenstillstandsverletzungen“, nachdem sich die Lage zwischenzeitlich stabilisiert habe. „Wir beobachten die Situation, insbesondere die

„Wir rufen die Parteien zur Zurückhaltung und sofortigen Deeskalation auf.“

Erklärung des Auswärtigen Amtes und des französischen Außenministeriums

Bewegungen russischer Truppen, sehr aufmerksam und rufen die Parteien zur Zurückhaltung und sofortigen Deeskalation auf“, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung des Auswärtigen Amtes und des französischen Außenministeriums.

Margarita Simonjan, Chefredakteurin des russischen Auslandsfernsehsenders RT, wie-

derholte am Wochenende ihre Forderung nach einer Einverleibung der ostukrainischen Gebiete durch Russland. „Mütterchen Russland, hol den Donbass nach Hause“, sagte Simonjan, die als kremltreue Propagandistin in der Kritik steht, im Fernsehsender NTW. Russland gewährt trotz internationalem Protest Bewohnern der ostukrainischen Gebiete Donezk und Luhansk die russische Staatsbürgerschaft. Seit Juni 2019 sollen so etwa 400.000 russische Pässe ausgegeben worden sein. Kiew hatte wiederholt die Sorge geäußert, dass unter dem Vorwand des Schutzes russischer Staatsbürger ein Angriff auf den Donbass erfolgen könnte.

Der ukrainische Generalstabschef Ruslan Chomtschak hatte vor gut einer Woche im Parlament in Kiew erklärt, Russland habe an der Grenze zur Ukraine massiv Truppen zusammengezogen. Der Kreml warf der Regierung des Nachbarlandes einmal mehr vor, Vereinbarungen des Minsker Friedensabkommens von 2015 nicht umgesetzt zu haben. Seit knapp sieben Jahren kontrollieren Rebellen Teile der Gebiete Donezk und Luhansk entlang der russischen Grenze. UN-Schätzungen zufolge wurden seitdem mehr als 13.000 Menschen getötet. Trotz vereinbarter Waffenruhe sind seit Jahresbeginn auf Regierungsseite mindestens 21 Soldaten

Krisentreffen zu Myanmar geplant

Yangon. Die Proteste gegen die Militärjunta in Myanmar reißen trotz des brutalen Vorgehens der Einsatzkräfte und immer mehr ziviler Todesopfer nicht ab. Am Montag gingen landesweit wieder Menschen auf die Straße. Sie forderten die Rückkehr zu demokratischen Reformen und die Wiedereinsetzung der faktischen Regierungschefin Aung San Suu Kyi. Die 75-Jährige sitzt seit dem Putsch vom 1. Februar im Hausarrest und wurde seither nicht mehr öffentlich gesehen. Die Vereinigung Südostasiatischer Staaten (Asean) plant ein Krisentreffen, wie das Sultanat Brunei mitteilte, das Anfang des Jahres den Vorsitz der Gruppe übernommen hatte. Die Gespräche sollen voraussichtlich in der indonesischen Hauptstadt Jakarta stattfinden, ein Datum gibt es aber noch nicht.

Am Wochenende waren Osterieer mit Parolen gegen die Militärjunta zum Symbol des Widerstands avanciert. „Save Myanmar“ (Rettet Myanmar) oder „We want democracy“ (Wir wollen Demokratie) war auf Fotos bemalter Eier zu lesen, die in sozialen Medien geteilt wurden. „Um auf die Welt zu kommen, muss das Küken aus dem Ei schlüpfen. Wir, das Volk Myanmars, müssen mit all unserer Kraft gegen die Ungerechtigkeit der Junta kämpfen, bis wir gewonnen haben“, sagte ein Demonstrant.

Nach jüngsten Schätzungen der Gefangenenhilfsorganisation AAPP wurden seit dem Umsturz vor zwei Monaten mindestens 564 Menschen getötet, unter ihnen 47 Kinder. Fast 2700 Menschen sitzen im Zuge des Putsches in Haft, gegen mehr als 400 gibt es laut AAPP Haftbefehle.

DPA

Absolute Mehrheit verfehlt

Wahlsieger Borissow vor schwieriger Regierungsbildung

VON ELENA LALOWA

Sofia. Die bürgerliche Partei von Bulgariens Ministerpräsident Boiko Borissow bleibt nach den Wahlen in dem Land am Sonntag stärkste politische Kraft, steht aber vor komplizierten Verhandlungen für ein neues Regierungsbündnis. Seine Partei GERB erhielt laut amtlichem Zwischenergebnis von Montag fast 26 Prozent der Stimmen. Daneben dürfen fünf andere Parteien und Bewegungen, darunter drei Protestparteien, ins Parlament einziehen.

Borissow bot ihnen die Bildung einer gemeinsamen Expertenregierung an. „Ich schlage euch Frieden vor – lasst uns Experten einsetzen und bis Dezember die Verantwortung übernehmen, die Pandemie zu bewältigen, damit es wieder aufwärts geht“, sagte Borissow. Er erläuterte nicht näher, welche Experten berufen werden könnten. Die Sozialisten lehnten das Angebot ab, sich

gemeinsam mit der GERB an einer Expertenregierung zu beteiligen: „Unsere grundsätzliche Haltung ist eine Anti-GERB-Koalition“, sagte Parteichefin Kornelia Ninowa.

Der 61 Jahre alte Borissow regiert das ärmste EU-Land mit einer Unterbrechung seit 2009. Anhänger der Sozialisten und der Protestparteien forderten im vergangenen Sommer seinen Rücktritt wegen „korrupter Amtsführung und Verbindungen zu Oligarchen“. Sein bisheriger Koalitionspartner, die nationalistische WMRO, scheidet wohl an der Vier-Prozent-Hürde. Die Protestpartei „Es gibt so ein Volk“ (ITN) von TV-Moderator und Kabarettist Slawi Trifonow wurde den vorläufigen Zahlen zufolge mit gut 18 Prozent überraschend zweitstärkste Partei. Die aus den früheren Kommunisten hervorgegangenen Sozialisten dürften mit knapp 15 Prozent auf Platz drei landen. Ins neue Parlament ziehen noch die Türkenpartei DPS (9,5 Prozent) sowie die konservativ-liberal-grüne Protestkoalition Demokratisches Bulgarien DB (fast zehn Prozent) und „Richte dich auf! Mafios raus!“ (knapp fünf Prozent).

Die Bildung der neuen Regierung in Sofia dürfte recht kompliziert werden, weil die Programme der teils verfeindeten Parteien kaum Berührungspunkte haben – abgesehen davon, dass die Sozialisten und die drei Protestparteien Borissow absetzen und die Korruption effektiver bekämpfen wollen. Die populistische Partei „Es gibt so ein Volk“ hat überhaupt kein Programm – sie will das politische System verändern. Daher ist es fraglich, ob Borissow nun eine vierte Regierung schmieden kann. Neuwahlen sind nicht ausgeschlossen.



Premier Boiko Borissow schlägt ein Experten-kabinett vor. FOTO: SINA SCHULDT/DPA